

Kämpfer für das Multikulturelle

Pro-Asyl-Gründer Jürgen Micksch hört auf

Von Pitt von Bebenburg

Man kann sich diesen seriösen Herrn schwer als Provokateur vorstellen, den Mann mit der sonoren Stimme und dem gepflegten grauen Bart. Aber die sanfte Erscheinung täuscht.

Jürgen Micksch war der Erste, der den Begriff der „multikulturellen Gesellschaft“ in die Debatte warf – und das war für viele Christ- wie Sozialdemokraten damals, 1980, eine echte Provokation. Das Thema war bis dahin nur unter dem Begriff Ausländerproblem diskutiert worden.

Pfarrer Micksch weiß, mit welchen Zuspitzungen er die Aufmerksamkeit gewinnt für die Rechte von Flüchtlingen, für Ausländer in Deutschland, für Muslime. Die Menschenrechts-Organisation Pro Asyl ist seine Erfindung. Seit der Gründung vor 26 Jahren steht Micksch an der Spitze von Pro Asyl. Am Samstag wird er im Frankfurter Haus am Dom aus dem Ehrenamt verabschiedet.

Er wolle einen Generationswechsel, sagt der 71-Jährige. Als möglicher Nachfolger wird der 20 Jahre jüngere Andreas Lipsch gehandelt, der interkulturelle Beauftragte der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Micksch hat seinen Schreibtisch nicht in der Pro-Asyl-Zentrale in Frankfurt stehen, sondern im Darmstädter Büro des „Interkulturellen Rates“, auch einer einflussreichen Micksch-Gründung. Dort stapeln sich die Neuerscheinungen. Darunter befindet sich ein blaues Bändchen, das der umtriebige Mann gerade selbst herausgegeben hat. „Muslime gehören zur deutschen Gesellschaft“, lautet der Titel der Schrift.

Es ist – natürlich – wieder eine Einmischung in die aktuelle Debatte. Vor zehn Jahren hat Micksch hier angesetzt und gemeinsam mit muslimischen Mitstreitern das „Deutsche Islamforum“ gegründet, das die Einbindung dieser Religion in der Republik begleitete. Eine Grundeckennis formuliert Micksch in seinem Buch: „Im Grundgesetz steht nichts, wozu ein Muslim Nein sagen müsste.“

Der Theologe weiß, wovon er redet. Lange bevor die deutsche Politik sich mit Ditib beschäftigte, der mit der türkischen Regierung

verbundenen Vereinigung von Moschee-Gemeinden in Deutschland, fuhr Micksch nach Ankara, um mit der Religionsbehörde zu verhandeln. Diese habe im Gespräch eingesehen, dass Islamunterricht in der Bundesrepublik in deutscher Sprache gehalten werden müsse und nicht auf Türkisch. Seither sei diese Position von Ankara nie wieder in Frage gestellt worden, freut sich Micksch.

Eine „rassistische, aufgebrachte Stimmung“ gegen Flüchtlinge beobachtete der Theologe und Soziologe Mitte der 80er-Jahre in der alten Bundesrepublik. Dass er mit der Gründung von Pro Asyl dagegenhalten wollte, stieß seinerzeit auf breites Misstrauen – in der Politik, in Wohlfahrtsverbänden und selbst in der Kirche, für die er hauptberuflich arbeitete. Die etablierten Organisationen wollten sich den Einsatz für Ausländerrechte nicht aus der Hand nehmen lassen, glaubt Micksch.

Vorteil Unabhängigkeit

Aus dem Nachteil allerdings hat Pro Asyl eine Stärke gemacht: seine Unabhängigkeit. Da es keine anderen Financiers gibt, wird die Organisation von ihren 15 000 Mitgliedern und weiteren Spenden getragen.

Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) und sein Vertreter in Deutschland, René van Rooyen, ermutigten Micksch in den Achtzigern, sich Mitstreiter zu suchen. So ist es zu erklären, dass der heutige UNHCR-Repräsentant Michael Lindenbauer zum Abschied von Micksch in Frankfurt redet, ebenso wie der katholische Mitbegründer und langjährige Sprecher von Pro Asyl, Herbert Leuninger.

Viele Höhen und Tiefen hat Pro Asyl in den vergangenen Jahrzehnten durchlebt. Die Einschränkung des Asylrechts im Jahr 1992 hält Micksch auch heute noch für einen Fehler. „Dieses Asylrecht war ein Meilenstein in der Menschenrechtsgeschichte“, sagt er und bedauert die „schlimme Entwicklung“ seitdem.

So selbstverständlich, wie Micksch seinen Platz in der Menschenrechts-Szene einnimmt, war das nicht immer. Er hätte auch Schauspieler werden können, nachdem er als Kinderdarsteller in Filmen und Theaterstücken auftrat, mit Heinz Rühmann, Fritz Wepper und anderen späteren Stars. Auch als Konditor hätte Micksch seine Brötchen verdienen können, wie es seinen Eltern vorschwebte, die in Breslau Pralinen herstellten. Doch Micksch wollte nicht.

Als er Kind war, floh die Familie aus Schlesien und kam später nach Bayern, wo sein Bruder die Süßwaren-Firma übernahm. In Österreich, wo die Familie 1945 eine Zwischenstation einlegte, kam die Flüchtlingsfamilie unter falschem Namen unter. Micksch musste „Jürgen Paulmüller“ heißen. „Ich war selbst ein Illegaler“, sagt Micksch heute. Jahre später setzte er sich selbst ein für Menschen in genau dieser Lebenslage.

Privates Kapital soll Ökostrom fördern

Studie: Die Energiewende verursacht langfristig keine Mehrkosten

Zur Finanzierung der Energiewende setzen Experten auf die verstärkte Mobilisierung privater Investoren. „Das private Kapital für die Transformation ist vorhanden“, heißt es in einer Studie des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung, das am Donnerstag in Berlin vorgestellt wurde. Diese Gelder müssten aber staatlicherseits „durch eine entschlossene Ordnungspolitik und Verringerung der Investitionsrisiken mobilisiert werden“. In weni-

ger als 30 Jahren werde sich die Energiewende finanziell dann selbst tragen.

Das Papier wurde an Umweltminister Peter Altmaier (CDU) übergeben. „Für den Umbau der Energiesysteme ist ein Ordnungsrahmen notwendig, der Vertrauen bei Investoren schafft“, heißt es in dem Text. Dafür sei ein Staat gefordert, der „ambitionierte, verbindliche und langfristige nationale Energiestrategien mit messbaren Zielsetzungen vorgibt“. Derzeit würden private Investitio-

nen durch Barrieren wie unzureichende politische Zielsetzungen und immer noch in vielen Staaten vorhandene Subventionen für fossile Energien behindert.

Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Energiewende langfristig keine Mehrkosten verursacht. Im Jahr 2040 dürften die zusätzlichen Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz durch Kosteneinsparungen für fossile Brennstoffe bei konventionellen Technologien vollständig kompensiert sein. (AFP)

 **SpardaEigenheimOffensive**

Einfach der richtige Zeitpunkt.

Jetzt bauen, kaufen oder modernisieren!

2,09 %
gebundener Sollzins-
satz für 10 Jahre p. a.

*Bedingungen siehe repräsentatives Beispiel. Nettodarlehen innerhalb 60 % des Beleihungswertes, Grundpfandrechtliche Besicherung, Mitgliedschaft u. Gehaltskonto erforderlich.

Klasse Konditionen. Ohne Kompromisse.
Sparda-Bank Hessen. Bau einfach drauf!

Denn Einfach kann mehr: www.sparda-hessen.de/eigenheimoffensive

FOCUS MONEY
FAIRSTER BAUFINANZIERER
Gesamturteil SEHR GUT
Im Kundenurteil: Die größten Baufinanzierer Deutschlands Ausgabe 4/2011

Sparda-Bank

Repräsentatives Beispiel gem. § 6a PAngV: Nettodarlehen: 200.000 €, Sollzinssatz: 2,09 % p. a., effekt. Jahreszins: 2,11 % p. a., Monatsrate: 515,00 €. Falls bis Ablauf der 10-jährigen Sollzinsbindung keine neue Vereinbarung getroffen wurde, gilt ab da für die Restschuld der dann aktuelle variable Sollzins für Baufinanzierungen b. a. w. **

Sparda-Bank Hessen eG ■ Unsere Filialen in Ihrer Nähe:

■ Alsfeld ■ Bad Hersfeld ■ Bad Homburg ■ Bad Vilbel ■ Baunatal ■ Bebra ■ Bensheim ■ Darmstadt ■ Dillenburg ■ Eschwege ■ Frankfurt ■ Friedberg ■ Fritzlar ■ Fulda ■ Gießen ■ Groß-Gerau ■ Gründau-Lieblos ■ Hanau ■ Herborn ■ Hofheim ■ Karben ■ Kassel ■ Limburg ■ Marburg ■ Melsungen ■ Offenbach ■ Rüsselsheim ■ Vellmar ■ Wetzlar ■ Wiesbaden

■ Weitere Informationen erhalten Sie im Internet und unter Fon 0 69/75 37-0.



Jürgen Micksch, 71, gibt den Vorsitz von Pro Asyl ab. HARTUNG